



Proteste in Griechenland  
Plötzliche Zuneigung

der Deutschen geändert hat. Stattdessen kündigte Merkel intern an, man müsse weiterhin „maximalen Druck“ auf den Ministerpräsidenten ausüben, damit er die notwendigen Reformen umsetze. Gleichzeitig aber lobte sie den Kollegen aus Athen. Samaras spielte für sein Land eine „historische Rolle“, sie sei sehr beeindruckt von seinem Auftritt: „Man muss ihm eine Chance geben.“

Die wird er bald bekommen. Merklers Plan setzt voraus, dass der Bericht der Troika nicht so katastrophal ausfällt wie bislang erwartet. Denn nur dann darf die nächste Tranche des Rettungspakets ausbezahlt werden. „Wir müssen eine Lösung finden“, wies Merkel vergangene Woche ihre Mitarbeiter an.

Vor allem die Abgesandten der IWF-Chefin Christine Lagarde sperren sich, die griechische Lage rosiger zu malen, als sie ist. Merkel ist dennoch optimistisch, dass sie am Ende bei der Aktion „Griechenland soll schöner werden“ mitmachen könnten. Die Statuten des IWF sind zwar streng, aber die Vereinbarungen mit den Hilfeempfängern, in diesem Fall Griechenland, bieten dennoch eine Menge Spielraum.

Gelingen könnte die Verschönerung der Wirklichkeit durch die in der Wirtschaft beliebte Top-Down-Methode. Dabei werden die Parameter eines Modells so lange geändert, bis am Ende das erwünschte Ergebnis herauskommt.

Kern des Troika-Berichts ist die „Schuldentragfähigkeitsanalyse“. Sie berechnet, unter welchen Bedingungen Griechenlands Schulden bis zum Jahr 2020 auf das halbwegs erträgliche Maß von 120 Prozent der nationalen Wirtschaftsleistung sinken könnten. Das Rechenwerk sei allerdings alles Mögliche, sagen Kenner der Troika, nur keine wissenschaftlich präzise Prognose.

Man müsse nur einen Nenner verändern, schon bekomme man das gewünschte Ergebnis. Die Troika-Experten haben Übung darin. Im Februar, als die Euro-Gruppe das letzte Griechenland-Programm beschloss, rechneten sie vier Stunden lang, um auf einen Schuldenstand von 120 Prozent zu kommen. Es ist eine Übung, die sich leicht wiederholen lässt.

So könnte die Troika den Griechen Fortschritte attestieren. Die unvermeidlichen Finanzlücken würden dann zur zwar bedauerlichen, am Ende aber nur vorübergehenden Abweichung vom Plan herabgestuft, die im bestehenden zweiten Hilfsprogramm verkraftet werden muss. Denn allzu groß dürfen sie nicht ausfallen, sonst ist womöglich ein drittes Hilfsprogramm nötig.

Das aber soll auf jeden Fall vermieden werden. Ein drittes Paket, so haben es

EUROPA

# Das blutende Herz

131

In einem überraschenden Schwenk verabschiedet sich die Kanzlerin von ihrer bisherigen Griechenland-Politik. Einen Euro-Austritt will sie nun auf jeden Fall verhindern – selbst wenn dafür der Troika-Bericht geschönt werden müsste.

Mantras sind kurze, formelhafte Wortfolgen, die aus meditativen Gründen mehrmals wiederholt werden. Der Begriff kommt aus dem Sanskrit und bedeutet „Spruch, Lied, Hymne“. Ein Mantra kann man sprechen, singen, flüstern, in Gedanken rezitieren. Oder man schreibt es auf und isst es dann.

Die Kanzlerin hat sich in letzter Zeit für die Sprechvariante entschieden, es ist die konventionelle Form. Angela Merkels Mantra umfasst fünf Worte („Wir warten den Troika-Bericht ab“), und sie wiederholt es, wenn sich die Gelegenheit bietet. Vor zwei Wochen zum Beispiel, als der griechische Premierminister Antonis Samaras in Berlin war.

Es bedarf nicht der Intelligenz eines Atomphysikers, um Merkels Kalkül zu durchschauen: Die Kanzlerin will sich Zeit kaufen, die Öffentlichkeit und die

berüchtigten Finanzmärkte durch Wiederholung meditativ beruhigen und schließlich den Eindruck erwecken, es komme tatsächlich darauf an, was die Abgesandten der Troika der Europäischen Kommission, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Zentralbank (EZB) bei ihrer Griechenland-Mission herausfinden werden.

Tut es aber nicht. In Wahrheit hat sich Merkel entschieden. Nach langem Zögern stellt sie sich an die Seite des französischen Präsidenten François Hollande und der EU-Kommission. Der Bericht der Troika, die in der vergangenen Woche zu ihrer Erkundungstour aufbrach, soll auf jeden Fall so ausfallen, dass Griechenland in der Euro-Zone bleiben kann.

Im Herbst könnte dann wieder Geld an den hochverschuldeten Balkan-Staat fließen. Ein drittes Hilfsprogramm, das

der Bundestag genehmigen müsste, wird es nach dem Willen der Kanzlerin aber nicht geben.

Dass Griechenland nun auf jeden Fall gerettet werden soll, ist eine bemerkenswerte Kehrtwende. Bis vor kurzem noch war Merkel bereit, das Land fallenzulassen, sollte es seine Zusagen nicht erfüllen. Doch inzwischen ist ihr das Risiko eines griechischen Euro-Austritts zu hoch.

Im Kanzleramt wird befürchtet, ein solcher Schritt könne einen ähnlichen Domino-Effekt auslösen wie die Lehman-Pleite 2008. Der Untergang der New Yorker Bank stürzte damals die komplette Weltwirtschaft in den Abgrund. Allein in Deutschland schrumpfte die Wirtschaft um fünf Prozent, Hunderttausende wurden zusätzlich arbeitslos.

Aber auch die politischen Kosten sind Merkel zu hoch. Träte Griechenland aus

dem Euro aus, müsste man am Ende womöglich Problemstaaten wie Italien oder Spanien durch eine gemeinsame Schuldenunion stabilisieren, befürchten ihre Berater. Es wäre eine paradoxe Situation: Deutschland würde gegenüber Griechenland Härte zeigen, müsste anschließend aber womöglich die verhassten Euro-Bonds akzeptieren.

Wie enorm der politische Druck in diese Richtung jetzt schon ist, zeigt die umstrittene Entscheidung der EZB vom vergangenen Donnerstag, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen der Schuldenländer aufzukaufen.

Und so hat sich die Kanzlerin entschieden. In aller Entschlossenheit wird nun weitergewurstelt wie bisher. Das Problem wird erst einmal vertagt, Wiedervorlage irgendwann nach der Bundestagswahl 2013. Nach der Wahl, wenn das bisherige Hilfsprogramm ausläuft.

Dabei ist klar, dass der Pleitestaat wahrscheinlich Jahrzehnte brauchen wird, sich zu modernisieren. „Griechenland ist ein orientalisches Land“, sagt Frankreichs Ex-Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing im SPIEGEL-Gespräch (siehe Seite 106).

Risiken und Nebenwirkungen der Merkel-Therapie liegen auf der Hand. Kaum bekommt Griechenland neues Geld, steigt die Gefahr, dass die Regierung in Athen ihren versprochenen Reformkurs verzögert. Es wäre nicht das erste Mal.

Als Griechenlandpremier Samaras kürzlich in Berlin war, wurde er noch im Unklaren gelassen, wie sehr sich die Einschätzung

## Geduld verloren

„Sollte Griechenland Mitglied der Euro-Zone bleiben?“



Umfrage: Harris Poll Aug. 2012, nur Antworten Deutscher, rund 1000 Befragte, an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“ / keine Angabe



Partner Samaras, Merkel

KOMMENTAR

# Draghis Allmacht

Von Armin Mahler

**W**er gegen ein Gesetz verstößt, kann sich schwerlich damit herausreden, dass er sich im Rahmen des Rechts bewege. Jedenfalls wird ihm das nicht viel nützen – es sei denn, er heißt Mario Draghi und ist Präsident der Europäischen Zentralbank.

Die EZB ist politisch unabhängig, aber sie steht nicht außerhalb des Rechts. Unabhängig ist sie nur innerhalb ihres Mandats, und das ist in den Europäischen Verträgen eindeutig geregelt: Die Notenbank hat die Aufgabe, im Euro-Raum für Preisstabilität zu sorgen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Draghi jedoch will mehr, er will die europäische Gemeinschaftswährung retten, und zwar um jeden Preis. Der Euro, sagt er, sei „unumkehrbar“.

In der Geschichte der Euro-Rettung hat es schon viele solcher Sätze gegeben. Die beschlossenen Maßnahmen seien alternativlos, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Aber abgesehen davon, dass es immer Alternativen gibt: Die Kanzlerin ist demokratisch legitimiert, wer mit ihrem Handeln nicht einverstanden ist, kann sie bei der nächsten Wahl abstrafen.

Draghi ist nicht demokratisch legitimiert. Und dennoch maßt er sich an, die wichtigste und möglicherweise folgenreichste Entscheidung der Geschichte der Währungsunion zu fällen: den Euro mit allen Mitteln zu verteidigen. Nur Bundesbank-Präsident Jens Weidmann stimmte im EZB-Rat gegen diese Entscheidung.

Künftig kann die Zentralbank Anleihen der Krisenländer aufkaufen, sofern diese vorher unter den europäischen Rettungsschirm flüchten und die damit verbundenen, natürlich strengen Auflagen erfüllen. Und wenn sie diese Auflagen nicht erfüllen? Stellt die EZB dann ihre Ankäufe ein? Das wird sie nicht können, wenn Draghis Satz von der Unumkehrbarkeit ernst gemeint ist.

Schon in der Vergangenheit hat die EZB für über 200 Milliarden Euro Staatsanleihen von Krisenländern in ihre Bücher genommen. Wenn jetzt die Ausnahme zur Regel wird, können schnell weitere Hunderte Milliarden dazukommen. Für diesen Betrag haftet am Ende auch der deutsche Steuerzahler – ohne dass der deutsche Bundestag dazu gefragt wurde.

An diesem Mittwoch entscheidet das Bundesverfassungsgericht darüber, ob der dauerhafte Rettungsschirm ESM mit der deutschen Verfassung vereinbar ist. Es geht um die demokratische Legitimation der Euro-Hilfen und um die Höhe der deutschen Risiken. Es gilt als wahrscheinlich, dass die Richter die Haftung Deutschlands begrenzen. Aber solche Auflagen sind mit der jüngsten EZB-Entscheidung schon Makulatur, bevor sie überhaupt erlassen werden. Die EZB steht offenbar über dem Bundestag und über dem Bundesverfassungsgericht.

Und was macht die deutsche Bundesregierung? Sie treibt ein doppeltes Spiel. Sie unterstützt sowohl den EZB-Präsidenten als auch dessen Kritiker Weidmann. Ingeheim kommt Merkel Draghis Programm gerade recht, denn für weitere Euro-Hilfsprogramme fände die Kanzlerin im Bundestag wohl keine Mehrheit. Und deshalb sagt auch sie, die EZB bewege sich im Rahmen ihres Mandats.

Würde sie etwas anderes sagen, müsste sie handeln. Sie könnte etwa vor dem Europäischen Gerichtshof eine Nichtigkeitsklage gegen den EZB-Beschluss erheben. Auch der Bundestag könnte die Regierung durch einen Entschließungsantrag zu solch einer Klage auffordern – und sie damit zwingen, Farbe zu bekennen.

Doch wo kein Kläger ist, gibt es keinen Richter. Solange das so bleibt, ist Mario Draghi der mächtigste Mann Europas, unbehelligt von Gerichten und Parlamenten.

Der Euro ist unumkehrbar, die Demokratie offenbar nicht.

**Die Europäische Zentralbank ist politisch unabhängig, aber sie steht nicht außerhalb des Rechts.**



**IWF-Chefin Lagarde:** Aktion „Griechenland soll schöner werden“

die Deutschen ihren europäischen Partnern signalisiert, habe im Bundestag keine Chance. Frisches Geld für Griechenland soll es deshalb nicht geben. Stattdessen will Berlin das bisherige – zweite – Hilfsprogramm so ändern, dass Griechenland erst einmal über die Runden kommt.

Doch wie? Eine mögliche Variante funktioniert so: Sollten die Griechen im Herbst mehr Geld brauchen, wird die Tranche entsprechend aufgestockt. Dafür fallen die späteren Überweisungen dann geringer aus. Für die Kanzlerin hätte dieses Verfahren einen entscheidenden Vorteil. Erst 2014, wenn das Hilfsprogramm ausläuft, würde offenbar, ob das Geld erreicht hat oder nicht. Dann liegt die Bundestagswahl aber schon viele Monate zurück.

Wer das bereits verabschiedete Hilfspaket ändern will, braucht dafür nicht die Zustimmung des Bundestags. Die Kanzlerin will die Änderungen aber wohl dennoch dem Parlament vorlegen. Eine Mehrheit werde sich dann schon finden, gab sich Merkel gegenüber ihren Vertrauten zuversichtlich.

Selbst wenn die meisten Abgeordneten ein drittes Hilfsprogramm ablehnten, hätten sie doch gleichzeitig starke Hemmungen, einen griechischen Euro-Austritt zu verantworten. Der aber sei sicher, wenn das bisherige Programm nicht verändert werde, glaubt Merkel.

Der alles entscheidende Troika-Bericht wird sich zunächst verzögern. Ursprünglich sollte er bereits Ende August vorliegen, und im September sollte dann die

nächste Tranche freigegeben werden. Vergangene Woche jedoch hieß es in Brüssel, das Schicksal des angeschlagenen Landes werde sich wahrscheinlich erst Anfang November entscheiden – nicht zuletzt aus Rücksicht auf die USA. Deren Präsident Barack Obama hat wenig Neigung, seine Wiederwahl durch eine Verschärfung der Euro-Krise zu gefährden. Ein Problem sei der Aufschub jedoch nicht, denn die Regierung in Athen habe bis dahin noch genug Geld.

Dass die Kanzlerin eine neue Sicht der Dinge haben könnte, bekamen aufmerksame Beobachter bereits vor zwei Wochen mit. Da entdeckte die uckermärkische Pfarrerstochter plötzlich ihre große Uneinigung zu den geknechteten Menschen aus Hellas. Sie wisse, „was viele in Griechenland zu erleiden haben“, sagte sie da mitfühlend. „Es blutet einem schon das Herz.“

Bis zu diesem Zeitpunkt galten Merkel und ihr Finanzminister als Anhänger der „Kettentheorie“. Die Währungsunion stellt demnach eine Kette dar, in der jedes einzelne Land ein Glied bildet. Griechenland ist das schwächste, scheidet es aus, wird die Kette insgesamt stärker.

Doch seit dem Sommer gibt es im Merkel-Umfeld mehr Anhänger der „Dominotheorie“. Danach wird die Währungsunion durch einen griechischen Austritt nicht stärker. Im Gegenteil: Fällt Griechenland, droht anschließend womöglich ein Land nach dem anderen zu kippen.

Die Auswirkungen auf Konjunktur, Wachstum und Beschäftigung wären

ebenso katastrophal wie unkalkulierbar, argumentieren die Dominotheoretiker. Nur eines sei sicher: Fällt Griechenland, muss Deutschland erstmals zahlen, und zwar ziemlich genau 62 Milliarden Euro. Mit dieser Summe stehen die Griechen und ihre Zentralbank bei den Deutschen in der Schuld. Die gigantische Summe müsste abgeschrieben werden.

Und das wäre noch nicht alles. Um die übrigen finanzschwachen Länder wie Portugal und Irland, aber auch Spanien und Italien abzusichern, müssten Hunderte Milliarden Euro mobilisiert werden. Doch wie? Drei Möglichkeiten gibt es: durch größere Rettungsschirme, Euro-Bonds oder eine gegenseitige Haftungsverpflichtung. Egal welches Instrument zum Einsatz käme – für Deutschland würde es am Ende sehr viel teurer, wenn Griechenland fallengelassen würde.

Am Ende setzten sich die Dominotheoretiker durch. Alles, was in Richtung Schulden- oder Haftungsunion geht, ist für die Kanzlerin ein Alptraum. Sie weiß, dass die meisten Deutschen Euro-Bonds oder gar die Übernahme fremder Schulden ablehnen. Ihre Wiederwahl im nächsten Jahr wäre gefährdet.

## Finanzhilfen für Athen

Erstes und zweites Rettungspaket von Euro-Ländern, EFSF und IWF



## Deutsche Haftung

Griechenlands Verbindlichkeiten im Target-2-System der EZB, deutscher Anteil	27,2 Mrd. €
ausgezahlte bilaterale Kredite aus dem 1. Paket	15,2 Mrd. €
aus dem 2. Paket über den EFSF ausgezahlte Kredite und Bankenhilfen, deutscher Anteil	9,4 Mrd. €
Anteil an den Zahlungen des IWF	1,2 Mrd. €
deutscher Anteil an den Aufkäufen griechischer Staatsanleihen durch die EZB	9,0 Mrd. €
<b>Gesamt</b>	<b>62 Mrd. €</b>

Unterstützung bekam die Dominofraktion an Merkels Hof ausgerechnet von einem Mann, der sich in den letzten Wochen eher gegen die Kanzlerin positionierte: dem Bundesbank-Präsidenten. Jens Weidmann, Merkels früherer wirtschaftspolitischer Berater, ist inzwischen ebenfalls der Auffassung, für Deutschland sei es am Ende günstiger, wenn Griechenland im Euro bleibe.

Ein wichtiger Mitstreiter Merkels allerdings ist nach wie vor Kettentheoretiker. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat seinen Gesprächspartnern in der Euro-Gruppe bedeutet, er halte das Risiko eines Griechenland-Austritts für vertretbar.

Nur so könne die deutsche Bevölkerung überzeugt werden, den Rest der Gemeinschaft zusammenzuhalten und Länder wie Spanien oder Italien de facto über Jahre hinweg mit Hilfsprogrammen zu subventionieren, erklärte Schäuble seinem niederländischen Kollegen Jan Kees de Jager bei einem Besuch in den Niederlanden. Seinem Image als überzeugter Europäer widerspricht das nur scheinbar. Schäuble will die Währungsunion verkleinern und dadurch den Euro als politisches Projekt stärken.

Merkel ist anderer Ansicht. Sie habe nichts weniger als das „große Ganze“ im Blick, beteuern ihre Vertrauten. Die EU könne es sich nicht leisten, wenn in einem Mitgliedsland die Demokratie ins Wanken geriete. Griechenland sei zudem Nato-Mitglied und ein wichtiger Verbündeter am östlichen Mittelmeer – einer Region, die Krisenherde genug habe.

Zum großen Ganzen gehört für Merkel allerdings stets auch die Innenpolitik. Ihre neue Milde hat für sie den Charme, dass sie die Wahl im kommenden September ohne die Turbulenzen eines griechischen Euro-Austritts erreichen könnte. Dafür ist sie bereit, mit hohem Einsatz zu spielen.

Geht ihr Spiel auf, bleiben die Umbuchungen innerhalb des zweiten Hilfsprogramms ohne gravierende Folgen. Sie vertagt das Finanzproblem Griechenlands erst einmal in die Zukunft. Hat sie Glück, haben sich die Griechen bis dahin berappelt und brauchen weniger Geld, weil die Reformen in ihrem Land endlich wirken.

Hat sie Pech, stopft Merkel Lücken, indem sie an anderer Stelle neue Löcher reißt. Und der Offenbarungseid droht, sobald die Bundestagswahl vorbei ist. Es sei denn, die griechische Wirtschaft entwickelt sich so schlecht, dass dem Hilfspaket schon vorher das Geld ausgeht.

Das wäre der GAU für Merkel – und dieses Risiko geht sie bewusst ein. Sie hält es für beherrschbar. Einen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone dagegen nicht.

KONSTANTIN VON HAMMERSTEIN, CHRISTIAN REIERMANN, CHRISTOPH SCHULT